

Frankfurt, 27. Februar 2018

Einkommensrunde 2018

Sechs Prozent, mindestens 200 Euro

Der dbb fordert für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen sechs Prozent mehr Gehalt, bei einer Mindesterhöhung von 200 Euro als sozialer Komponente. Hinzu kommen Verbesserungen bei den Zulagen und dem Zusatzurlaub für den unregelmäßigen Schichtdienst. Ein Muss ist außerdem die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger des Bundes, somit auch auf die zur DB zugewiesenen Beamten.

dbb und GDL fordern darüber hinaus die schrittweise Rücknahme der 2006 erfolgten Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit der Bundesbeamten auf 41 Wochenstunden zunächst auf 40 und danach auf 39 Wochenstunden. Die steigende Arbeitsverdichtung wirkt sich zunehmend negativ auf die Beschäftigten aus. Diese Forderung ist zwar nicht Bestandteil dieser Einkommensrunde. Jedoch setzen sich die GDL und ihr Dachverband schon jetzt dafür ein. Schließlich sind es gerade die Beamten, die im Rahmen ihres Dienst- und Treueverhältnisses eine funktionierende Verwaltung gewährleisten und somit das Fundament für Stabilität und Kontinuität in Deutschland begründen.

Unzählige nicht besetzte Stellen und ein hoher Altersdurchschnitt der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, analog der Situation bei den Lokomotivführern der DB, erfordern zwingend strukturelle Verbesserungen und eine angemessene Entlohnung. Die gestrige Auftaktrunde war allerdings nicht vielversprechend. Trotz voller Kassen gab es noch nicht einmal ein Angebot. Mit Ignoranz wird niemand der demografischen Herausforderung begegnen können.